

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt: Rieser, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1580  
Kreuzstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 169.

Freitag, 23. Juli 1926, abends

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift, 6 Zeilen 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restameille 100 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gemalteter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingeleitet werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Fischer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Steht Polen zu seinen Worten?

qu. Polen braucht Frieden. Das ist das Leitmotiv aller Ministerreden der letzten Zeit und der Inhalt der Erklärungen des Außenministers Jędrzejowski im Sejm, die er vor dem auswärtigen Ausschuss über die auswärtige Politik Polens abgab. In Deutschland hat man es allgemein bedauert, daß der Zustand des Friedens mit Polen seit Jahren nur auf dem Papier steht, und daß alle Bemühungen deutscherseits, in einem Ausgange der etwas verwickelten und auseinanderbrechenden Interessen beider Länder zu gelangen, bisher fehlschlagen sind. Die Methoden der Warschauer Regierung waren die denkbar ungeeignetsten, um den deutschen Bemühungen zu einem Siege zu verhelfen. Seit vielen Monaten leben wir mit Polen in einem Wirtschaftskrieg, der durch die polnischen Einfuhrverbote gegen deutsche Waren hervorgerufen worden ist. Der polnische Zollkrieg ist ein außergewöhnliches Druckmittel, um Wünsche befriedigt zu erhalten, die weit über den Rahmen möglicher wirtschaftlicher Zustände eines Landes hinausgehen.

Es läßt sich darüber streiten, ob man der politischen oder der wirtschaftlichen Verständigung den Vorrang geben soll. Im allgemeinen werden die Probleme der Politik und der Wirtschaft so eng verknüpft sein, daß man sie kaum von einander zu trennen vermag. In Deutschland hat man es in den letzten Jahren nach Möglichkeit vermieden, die beiden Fragen miteinander zu verknüpfen, da die „Siegerstaaten“ infolge ihrer oft ungläublichen Annahme die bedrückte Lage Deutschlands unverhohlen auszunutzen und wirtschaftliche Zugeständnisse durch einen politischen Druck zu erzwingen suchten. Das beste Beispiel für diese Art der Politik sind die seit über einem Jahr laufenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Bei Polen hat man von seiten der deutschen Unterhändler nur eine Frage von politischer Bedeutung mit zu dem Fragenkomplex der Verhandlungen hinzugekommen: die Frage des Niederlassungsrechts deutscher Kaufleute und Handelsreisender. Allerdings wird die Gleichstellung der Deutschen in Polen als die erste Voraussetzung für das Zustandekommen eines Handelsabkommens angesehen und gilt mehr als eine wirtschaftliche wie eine politische Angelegenheit. Die polnischen Unterhändler hingegen glauben, Deutschland ein politisches Entgegenkommen zu beweisen, wenn sie jetzt die Verhandlungen über die Rechtsfragen wieder aufgenommen haben. Die ersten Ausdrücke in dieser Woche haben noch zu keiner Verständigung geführt, da die Polen zwar dauernd ihre Bereitwilligkeit zur Verständigung in den Rechtsfragen erklären, im übrigen aber jedes positive Zugeständnis gegenüber den deutschen unerlässlichen Forderungen ablehnen. Erst wenn die Frage des Niederlassungsrechts geklärt sein wird, kann daran gedacht werden, zum Abschluß des Vertrages überzugehen. Hier sind es zwei Punkte, die für Deutschland eine Voraussetzung für ihn bilden, erkens die Aufhebung der polnischen Einfuhrverbote und zweitens einige Zugeständnisse, sich an bestimmte Zollsätze zu binden. In beiden Fragen ist eine Einigung noch nicht erzielt. Zur Aufhebung der Einfuhrverbote wird Polen jedoch unter allen Umständen streiten müssen, wenn seine Staatskassen völlig aufstockt und der letzte Kredit Frankreichs und Englands erschöpft ist. Alle Versuche, in Amerika eine Anleihe aufzunehmen sind infolge der Jollkriegsmethoden gegenüber Deutschland ohne jeden Erfolg geblieben. Wenn Polen von Amerika oder von Deutschland eine durchgreifende Hilfe für seine Wirtschaft erwartet, wird es nicht umhin können, einen anderen Weg als den bisherigen einzuschlagen. Wollig ungeklärt ist noch die Kohlenfrage Ober-Schlesien. Die polnischen Wünsche bezüglich des Kohlenfontingentes sind ohne Schaden der deutschen Wirtschaft nicht zu befriedigen. Im Rahmen des Möglichen wird man natürlich versuchen, den Abschluß des Vertrages nicht an dieser Frage scheitern zu lassen, aber man ist gewillt, diese Erörterungen bis zum Schluß der Verhandlungen hinauszuschieben, um erst einmal festzustellen, ob die polnische Regierung zu ihren Worten steht und den Weg zu seiner Stabilisierung durch eine Aenderung seiner politischen und wirtschaftlichen Methoden gegenüber seinem Nachbarn Deutschland findet.

## Der wunderfame Chamberlain.

Der britische Außenminister Chamberlain hat gestern auf eine Anfrage im Unterhaus, ob der Stand der deutschen Entwarfung befriedigend sei, geantwortet: „Ich bedaure, sagen zu müssen: Nein.“ Da wollen wir Herrn Chamberlain folgende Tatsachen in die Erinnerung rufen. Eine nicht dementierte W.F.B. Meldung aus London vom 20. Januar lautete: „Während eines Empfangs wurde an den Staatssekretär die Frage gerichtet, ob Deutschland alles erfüllt. Darauf erwiderte Chamberlain: Ja, alles.“ Es erhebt sich doch merkwürdig, was Chamberlain in seiner gestrigen Antwort veranlaßt haben könnte; er mühte doch darüber unterrichtet sein, daß die Entwarfung Deutschlands seit langem durchgeführt ist und daß nur noch Verhandlungen über die Abwicklung einiger Restpunkte schweben, die binnen kurzem abgeschlossen sein können. Es mühte ihm sogar bekannt sein, daß diese Fragen schon längst erledigt sein könnten, wenn nicht die Entscheidung von den Alliierten monatelang hinausgeschoben würde. Endlich hat Chamberlain im März dieses Jahres den Bericht der Aufnahmekommission für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund unterzeichnet, in dem es heißt, daß die Durchführung der Verpflichtungen Deutschlands aus dem Versailler Vertrag durchaus befriedigend verlief.

## Poincaré bei der Bildung seines Ministeriums.

Paris, 22. Juli. Von Teilnehmern an den heutigen Besprechungen Poincarés mit Vertretern der verschiedenen interfraktionellen Gruppe zur Schaffung einer Regierung der nationalen Einigkeit wird u. a. folgendes mitgeteilt: Der Abgeordnete Morinaud wies Poincaré gegenüber darauf hin, daß die nun 300 Mitglieder zählende Gruppe es sich zur Aufgabe mache, einer Regierung, die alle Schattierungen der republikanischen Meinung umfasse, eine geschlossene Mehrheit zu schaffen. Er betonte, daß Poincaré den Parteien der Linken in ihrer zahlenmäßigen Bedeutung entsprechende Vertretung im Kabinett geben müsse. Poincaré erwiderte, in einem ähnlichen Sinne habe auch er den Auftrag zur Regierungsbildung übernommen. Er beabsichtige, ein Ministerium der weitestgehenden demokratischen und republikanischen Einigung zu bilden und er werde dazu die Fraktionen der Linken, ohne welche die von der Regierung der nationalen Einigkeit zu leistenden ernsten und langwierigen Arbeiten unmöglich seien, um ihre Unterstützung ersuchen. Die radikalen Abgeordneten Franklin-Bouillon und Chole unterzürten ihrerseits die Unmöglichkeit, ohne die linksstehenden Gruppen eine dauerhafte Mehrheit zu bilden. Hinsichtlich der Gewährleistung einer stillen und raschen Arbeit der Verwaltung in Elsaß-Lothringen und hinsichtlich der Anbahnung der Hilfsquellen in den Kolonien machte Poincaré Zusagen, die von der Abordnung für sehr befriedigend gehalten wurden. Die Abordnung sprach außerdem ihr Einverständnis mit der von Poincaré geplanten Abschaffung der Unterstaatssekretariate aus.

Dem Abgeordneten Klier, der Poincaré seine Bedenken wegen der durch seine Ministerpräsidentenschaft zu erwartenden Ausbreitung der politischen Leidenschaften zum Ausdruck brachte, erwiderte Poincaré, nach allgemeiner Auffassung sei die Übernahme des Finanzministeriums durch ihn unter den gegenwärtigen Umständen dazu geeignet, neues Vertrauen zu schaffen, und er glaube andererseits, auf diesem Wege nur dann nützliche Arbeit zu leisten, wenn er gleichzeitig Chef der Regierung sei. Demnach habe er unter den vorliegenden Umständen diese Lösung, welche politischen Bedenken ihr auch entgegenstehen mögen, für unerlässlich. Poincaré bemerkte außerdem, er wolle im gegenwärtigen Augenblick alle Parteifreitheiten ruhen lassen. Die Zusammenlegung des Ministeriums, die der Linkenmehrheit des Parlaments Rechnung tragen werde, werde dem Lande zeigen, daß die Regierung nur zum Zwecke der nationalen Wohlfahrt und ohne jeden Respektgedanken gebildet worden sei.

Paris, 22. Juli. Im Anschluß an seine Besprechungen mit den Mitgliedern der interfraktionellen Gruppe versah sich Poincaré ins Elisee, um dem Präsidenten der Republik über seine bisher gepflogenen Besprechungen Bericht zu erstaten.

## Widerstand von radikaler Seite gegen eine Ministerpräsidentenschaft Poincarés.

Paris, 22. Juli. Ueber die Lage berichtet Imtransigent: Poincaré ist heute vormittag davon verständigigt worden, daß sich innerhalb der radikalen Kammerfraktion eine gewisse „Feindseligkeit“ gegen ihn bemerkbar mache. Die Radikalen würden wohl nichts gegen Poincarés Eintritt in das neue Ministerium einwenden, wolle ihn aber nicht als Ministerpräsidenten annehmen. Auf Grund dieser Mitteilung hat Poincaré heute vormittag den Vorstehenden der radikalen Kammerfraktion Cazals und einige seiner Freunde gebeten, ihn am Nachmittag aufzusuchen, um mit ihnen die Lage, in der er sich befindet, lokal besprechen zu können. Poincaré ist sich in der Tat darüber klar, daß seine Rückkehr zur Ministerpräsidentenschaft als eine persönliche Revanche gegen die Einfraktionisten, die in den Wahlen vom 11. Mai 1924 gestagt haben, aufgefacht werden könnte. Aber angesichts des Ernstes der Finanzlage ist er der Ansicht, daß das Finanzministerium vom Ministerpräsidenten versehen werden müsse.

Poincaré hat in den Nachmittagsstunden seine Besprechungen fortgesetzt und zunächst den Abgeordneten Paul-Boncour, den Senator Barthou und den Abgeordneten Bonanomi empfangen. Sodann empfing er eine Abordnung der radikalen Kammerfraktion unter Führung von Cazals. Im übrigen erklärte Poincaré, daß er erst morgen an die Personenfrage denken könne, und es ist bescheidend, daß das

Journal des Debats in seinem heutigen Vorkensbericht die Tatsache, daß das englische Pfund heute vormittag mit 209 eröffnete und schließlich bis auf 213,75 Franko stieg, auf die Schwierigkeiten zurückführt, denen die Bildung des Kabinetts Poincaré zu begegnen scheint.

Nach Beendigung seiner Unterredung als Führer einer Abordnung der radikalen Kammerfraktion mit Poincaré erklärte Cazals Pressevertretern, man könne nicht von einer eigentlichen Feindseligkeit seiner Gruppe gegen ein Ministerium Poincaré sprechen, aber da eine gewisse Beunruhigung bestehe, habe er Poincaré darauf aufmerksam machen wollen, damit er nicht von irgendwelchen Zufällen abhängig sei. Man würde Poincaré jedenfalls lieber als Minister denn als Ministerpräsident sehen.

Paul-Boncour erklärte nach seiner Besprechung mit Poincaré auf die Frage, ob ihm die Mitarbeit in dem neuen Ministerium angeboten worden sei: Ja, aber das kommt für mich nicht in Frage, weil ich aus einer Reihe von Gründen nicht annehmen kann.

## Raoul Béret — Kammerpräsident.

Paris, 22. Juli. In der Kammer wurde heute als Nachfolger Herrriots Raoul Béret im zweiten Wahlgang mit 227 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt. Der sozialistische Kandidat Pouillon, Vizepräsident der Kammer, erhielt 215 Stimmen. Im ersten Wahlgang hatte Béret 197 Stimmen, Pouillon 133 Stimmen und Rouillon, ebenfalls Kandidat der Kammer und Kandidat der Radikalen, 113 Stimmen erhalten.

## Die voraussichtliche Zusammenlegung des neuen Kabinetts.

Paris, 22. Juli. Was bezeichnet folgende Zusammensetzung des neuen Ministeriums als wahrscheinlich: Ministerpräsident und Finanzen: Poincaré, Justizminister und eliaslehrtinische Angelegenheiten: Barthou, Auswärtige Angelegenheiten: Briand, Innenministerium: Albert Sarraut, Kriegsministerium: Jean Painlevé und das Marineministerium: Georges Yvonne angeordnet werden. Louis Marin und Dolanowski sollen im Laufe des heutigen Tages angeordnet werden, in die Ministerkombination einzutreten. Eine wenig optimistische Auffassung über die Lage ergab sich aus der Morgenpresse. Unter anderem wird angegeben, daß der radikale Parteivorstand in seiner heutigen offiziellen Sitzung möglicherweise beschließen dürfte, man wolle dem Burgfriedenkabinetts volle Unterstützung leisten, wenn Senator Sarraut Ministerpräsident und Poincaré Finanzminister würde.

Paris, (Frankfurt) Poincaré hatte heute mittag mit Herrriot eine halbstündige Besprechung und erklärte sodann den Pressevertretern, er sei sicher, sein Kabinett gegen Abend zu bilden. Er werde jetzt mit seinen Ministern in seiner Wohnung konferieren und sich um 1 Uhr ins Elisee begeben.

Paris, (Frankfurt) Was glaubt voranzuliegen an Künze, daß falls keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten eintreten, das Kabinett in den ersten Nachmittagsstunden fertig sein kann.

## Der Verbrauch des Reichsstandes der Morgan-Anleihe genehmigt.

Paris, 22. Juli. Nach dem Sturz der Regierung Herrriot hat die Sitzung der Kammer noch kein Ende gefunden. Finanzminister de Monzie kehrte nach der Demission in die Kammer zurück und beantragte die Beratung eines Beschlusses über die Verwertung des Reichsstandes der Morgan-Anleihe. Der Gesetzesentwurf wurde in der Sitzung der Kammer, die 11.30 Uhr nachts begann, angenommen und ging dann dem Senat zu, der um 2 Uhr nachts erneut zusammentrat. Die Finanzkommission der Kammer hatte den Gesetzesentwurf dahin abgeändert, daß der Betrag der Beschlüsse so verwendet werden soll, daß gleichzeitig die Voranschläge der Bank von Frankreich an den Staat erhöht wird. Der Senat nahm ebenfalls die Vorlage in dieser Form an.

## Beratungen über Beschaffung von Rohhandarbeiten.

Berlin. Gestern vormittag begann im Reichsarbeitsministerium die Konferenz der zuständigen Reichsministerien mit den Vertretern der Länder, des Reichs-Landes und des Verwaltungsrats für Arbeitsvermittlung über die Beschaffung von Rohhandarbeiten.

## Parteiing der Wirtschaftspartei.

Der diesjährige Parteitag der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) findet vom 24. bis 27. Juli in Berlin statt. In einer öffentlichen Kundgebung werden die Führer der Wirtschaftspartei, die Reichstagsabgeordneten Dreiwitz und Wolterhoff, die über die politischen, wirtschaftlichen, nationalen und kulturellen Ziele der Partei sprechen. Ueber Landwirtschaft und Mittelstand steht ein Vortrag des Bauernratsführers Schäfer im Ausblick. — Auf der geschlossenen Parteitagung soll besonders die Frage des anstelle des bisherigen Proprietaryums aufzustellenden neuen Parteiprogramms

erörtert werden. Ferner sind vorgelesen eine kommunalpolitische Tagung und eine Tagung des Frauenbundes, wobei für letztere als Referentin Frau v. Obichm genannt wird.

## Die „Note Sahne“ auf 14 Tage verboten.

Berlin. Die „Note Sahne“ ist wegen Abdrucks eines dem Reichspräsidenten vorbeistehenden Gedichtes auf 14 Tage verboten worden. Die kommunistische Zeitschrift „Der Knüttel“, aus der die „Note Sahne“ das Gedicht übernommen hatte, wurde auf drei Monate verboten.

## Zum schließlichen Landarbeiterstreik.

Dresden. Alle Bemühungen des Schlichters, im schließlichen Landarbeiterstreik eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Der Schlichter hat nunmehr den Parteien mitgeteilt, daß er die Lösung des Streikfalles in die Hände des Reichsarbeitsministeriums lege.